



Brunngasse 36  
CH-3011 Bern  
www.ta-swiss.ch

Medienmitteilung 17.08.2021 SPERRFRIST 12.00 Uhr

# Demokratie im digitalen Wandel

**Digitalisierung hat das Potenzial, politische Abläufe, politisches Verhalten und damit unsere Demokratie grundlegend zu verändern. Angesichts des digitalen Wandels ruft TA-SWISS alle Verantwortlichen dazu auf, diese Veränderungen aktiv mitzugestalten. In drei Studien hat die Stiftung für Technologiefolgen-Abschätzung verschiedene Aspekte der Digitalisierung und deren Auswirkungen auf die Demokratie untersucht. Jetzt liegen die Ergebnisse vor.**

Der digitale Strukturwandel mit seinen riesigen Möglichkeiten zur Vernetzung macht auch vor der Politik nicht halt. Er erleichtert die Teilnahme am öffentlichen Geschehen, schafft neue Möglichkeiten der öffentlichen Diskussion und bereichert den politischen Meinungsbildungsprozess. Gesellschaft und Politik profitieren von dieser Entwicklung, werden von ihr aber auch beeinflusst.

Angesichts der grossen Bedeutung, die digitalen Medien und insbesondere sozialen Plattformen in dieser Hinsicht zugeschrieben wird, legt TA-SWISS drei Studien vor. Diese beleuchten die digital bedingten Veränderungen demokratischer Abläufe und politischer Kommunikationsformen aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Sie sehen in der Digitalisierung der Politik ein bedeutendes Chancenpotenzial für den demokratischen Meinungsbildungsprozess, identifizieren aber auch eine Reihe von Herausforderungen. Diese sind eng mit den Vorteilen neuer digitaler Diskurskanäle verknüpft und zeigen damit deren Ambivalenz auf. Einerseits wird die Möglichkeit zur freien Meinungsäusserung verstärkt. Andererseits wächst die Gefahr unkontrollierter Verbreitung von Fehl- und Falschinformation, von Verzerrung und Manipulation.

## Chancen:

Dank neuen Diskurs- und Partizipationskanälen bietet die Digitalisierung Bürgerinnen und Bürgern einen schnelleren, umfassenderen und weniger selektionierten Zugang zu politischer Information. Das unterstützt die freie Meinungsbildung und ist ein riesiger Vorteil im demokratischen Schweizer System, das den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zahlreiche anspruchsvolle politische Entscheidungen abverlangt.

Werden Partizipationshürden beseitigt sowie die Kosten der Informationsbeschaffung und der Kommunikation reduziert, dann können Zielgruppen, die sich bisher an politischen Prozessen kaum beteiligten, leichter mobilisiert werden. Zudem können Ideen, Probleme und (kleine oder finanzschwache) Organisationen wahrgenommen werden, die der Öffentlichkeit zuvor verborgen blieben.

Online-Plattformen erlauben es politischen Organisationen, ihre Politik den Bürgerinnen und Bürgern direkter und transparenter nahezubringen. Journalistinnen und Journalisten können

Social-Media-Informationen nach journalistischen Qualitätskriterien auswählen und einordnen und damit ihren Beitrag zur freien politischen Willensbildung auf die neuen Medien ausweiten.

Sogenannte Civic-Tech-Tools, d.h. digitale Instrumente zur Gestaltung des demokratischen Geschehens, wie zum Beispiel E-Collecting, fördern die gleichberechtigte Teilnahme an politischen Prozessen. Sie tragen so dazu bei, bestehende Ungleichheiten in der analogen Welt zu überwinden.

### **Risiken:**

Die Digitalisierung fördert möglicherweise in erster Linie die Partizipation von politisch bereits aktiven oder digital affinen Bürgerinnen und Bürgern, d.h. sie kann bestehende Partizipationsmuster und sozio-ökonomische Ungleichheiten zementieren oder gar verstärken.

Social-Media-Plattformen wurden nicht für den politischen Diskurs geschaffen und sind deshalb auch keine transparenten demokratischen Instrumente. Die oligopolartige Stellung grosser, rein kommerziell ausgerichteter Informationsvermittler verleiht ihnen jedoch einen unverhältnismässigen Einfluss auf den politischen Diskurs.

Mit der Verbreitungspotenz und -geschwindigkeit digitaler Inhalte können gezielt gestreute Fehlinformationen (Fake News) eine deutlich höhere Wirkung entfalten und damit die Polarisierung der Gesellschaft verstärken.

Neue digitale Partizipationsinstrumente wie E-Collecting können das politische System mit einer Vielzahl an Referenden überlasten. Neue Diskurs- und Partizipationskanäle können dazu führen, dass es einer auf Konkordanz ausgerichteten Politik schwerfällt, alle relevanten Stimmen zu moderieren.

### **Die wichtigsten Empfehlungen:**

Digitale Partizipationsplattformen vermögen Menschen zu mobilisieren, die sich politisch weniger beteiligen. Um Menschen, die einen erschwerten Zugang zur Digitalisierung haben, nicht zu benachteiligen, sollten immer auch analoge Möglichkeiten zur Teilnahme angeboten werden, um bestehende Ungleichheiten nicht zu verstärken und neue Mechanismen der Ausgrenzung zu verhindern. Zudem sollten die Plattformen einfach zu handhaben und in einer verständlichen Sprache verfasst sein.

Wenn das Ziel die demokratische Teilnahme möglichst aller ist, dann müssen auch die Kontrollmechanismen zur Überprüfung von Informationen allen zur Verfügung stehen. Zum Beispiel in Form von Faktenchecks durch spezialisierte Expertenplattformen oder durch die obligatorische Offenlegung der Absenderinnen und Absender bei politischen Kampagnen.

Der Bund sollte Massnahmen treffen, um die Kompetenz zur Informationssuche und -verarbeitung, zu verbessern. Und zwar in Anbetracht des Durchschnittsalters der Urnengängerinnen und Urnengänger (57 Jahre) nicht allein in der Ausbildung, sondern auch in Form von nationalen Bildungs- und Präventionskampagnen.

Um Bestand zu haben, muss sich die Demokratie mit der Gesellschaft weiterentwickeln. Für eine ambivalente Entwicklung wie die Digitalisierung, die unsere Demokratie stärken, ihr aber auch schaden kann, gilt dies ganz besonders. Ihre Folgen sollten deshalb im Rahmen eines regelmässigen Monitorings geprüft und die Bevölkerung in die fortlaufende Debatte darüber einbezogen werden, wie die Demokratie digitalisiert werden soll.

### **Das Projekt «Digitalisierung und Demokratie» von TA-SWISS**

Die interdisziplinäre Auseinandersetzung mit dem Thema besteht aus drei Teilstudien:

- Das Forschungsinstitut gfs.bern zeigt, wo das Schweizer Politiksystem der Digitalisierung ausgesetzt ist und wie es auf diese reagiert. Ein besonderes Augenmerk legt gfs.bern dabei auf die Auswirkung sozialer Medien auf Meinungsbildung und Partizipation.
- Der Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) untersucht, unter welchen Voraussetzungen junge Menschen digital partizipieren und wie digitale Plattformen zu gestalten sind, um Jugendliche und junge Erwachsene zur Partizipation anzuregen.
- Dezentrum, Think & Do Tank für Digitalisierung und Gesellschaft, projiziert sich in die nahe Zukunft: Drei wünschenswerte, gleichzeitig aber ambivalente Szenarien beschreiben mögliche Formen der digitalen Demokratie im Jahr 2050. Jedes Szenario wird in Form einer Kurzgeschichte präsentiert und durch ein spekulatives Artefakt versinnbildlicht. Zu sehen sind diese noch bis am 11. Dezember 2021 in der Ausstellung «Digitale Demokratie – Eine interaktive Reise in die politische Zukunft» im Polit-Forum Bern.

### **Studien und Kurzfassung**

Die drei Teilstudien, die Kurzfassung von TA-SWISS sowie eine Würdigung einiger politischen Aspekte können als PDF auf der Projektwebsite frei heruntergeladen werden: [www.ta-swiss.ch/digitale-demokratie](http://www.ta-swiss.ch/digitale-demokratie); dort finden sich auch weitere Informationen zum Projekt.

### **Kontakt**

Fabian Schlupe, Kommunikation TA-SWISS, 031 310 99 67  
[fabian.schlupe@ta-swiss.ch](mailto:fabian.schlupe@ta-swiss.ch)